

Ercheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigentel:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklametel:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugpreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugpreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Zündholzmonopol und Reichsanleihe

Ein Vorvertrag mit dem Schwedentrust unterzeichnet

Grundbedingung für die Reichsanleihe: Ratifizierung des Youngplans.

Zu Berlin, 22. Okt. Ueber den Abschluß der Verhandlungen des Reichsfinanzministeriums mit dem schwedischen Zündholzkonzern wird folgender amtlicher Bericht ausgegeben:

Zwischen dem Reich einerseits und Herrn Joan Kreuger andererseits ist gestern im Reichsfinanzministerium ein Vorvertrag über eine im Zusammenhang mit der Neuregelung der deutschen Zündholzwirtschaft stehende Anleihe paraphiert worden. Ueber die Grundlagen eines endgültigen Vertragsabschlusses besteht volles Einverständnis. Einige Einzelheiten sind noch Gegenstand von Verhandlungen. Der Abschluß des Vertrages selbst wird in einigen Tagen erfolgen. Die Deckung wird sodann über den Inhalt des Abkommens eingehend unterrichtet werden.

Die Direktion des schwedischen Zündholztrustes in Stockholm gibt eine offizielle Mitteilung heraus, in der es heißt: Durch den Berliner Vertragsabschluß wird das Monopolrecht für Deutschland für Verkauf, Ausfuhr und Einfuhr von Streichhölzern der deutschen Zündholzverkaufsgesellschaft U.S. überlassen. Die Zeit für die Überlassung des Monopols ist festgestellt worden auf wenigstens 32 Jahre und höchstens 50 Jahre, abhängig von dem Zeitpunkt für die Rückzahlung des in Verbindung mit der Transaktion der deutschen Regierung gewährten Darlehens.

Während der Vertragszeit dürfen keine neuen Zündholzfabriken in Deutschland angelegt werden. Die Hälfte der Aktien in der Monopolgeellschaft sollen direkt oder indirekt von der schwedischen Zündholzgesellschaft und der International Match Corporation und die andere Hälfte der Aktien von den deutschen Fabriken und der Reichs-Kredit-Anstalt übernommen werden. Die Erzeugungsquoten für die Zündholzfabriken sind so festgesetzt worden, daß die zu der schwedischen Zündholzgesellschaft gehörigen Fabriken wie früher ungefähr 65 Prozent und die deutschen Fabriken ungefähr 35 Prozent der Zündholzerzeugung erhalten. Hinsichtlich der Preisfestsetzung für Zündhölzer soll der Einzelverkaufspreis von 25 auf 30 Pfennig je Paket zu 10 Schachteln erhöht werden. Besonders ausfuhrliche Bestimmungen für die Preisfestsetzung sind in den Vertrag aufgenommen. Den Aktienbesitzern der Monopolgeellschaft wird zugesichert eine feste Dividende auf ihre Aktien in Höhe von 9 Prozent. Die Regierung soll 13 Mark je Kiste von 10 000 Schachteln erhalten und der möglicherweise darüber hinausgehende Gewinn soll zu gleichen Teilen zwischen dem deutschen Staat und den schwedischen Interessenten verteilt werden.

In Verbindung mit dem jetzt abgeschlossenen Vertrag soll die R. V. Finanzielle Maatschappij Kreuger u. Toll dem deutschen Staat ein Darlehen von 125 Millionen Dollar auf eine Zeit von 50 Jahren geben zu einem Zinssfuß von 6 v. H. und zu 99 v. H. Ausgabekurs (das Reich erhielte also 465 Millionen Reichsmark ausbezahlt), sowie mit einem Konvertierungsrecht für den deutschen Staat zu pari nach 10 Jahren. Das Darlehen soll in zwei Teile geteilt

werden, der eine zu 50 Millionen Dollar 7 Monate nach dem Inkrafttreten des Vertrages und der Rest von 75 Millionen Dollar nach weiteren 9 Monaten. Der Vertrag soll vom Reichstag ratifiziert werden und ist abhängig von der Annahme des Youngplans.

Zu dem vorläufigen Abschluß des Zündholzvertrages zwischen der Reichsregierung und dem Schwedentrust schreibt die „D.M.Z.“, das Geschäft, so betrüblich es für das Prestige des Reiches sei, wäre hinzunehmen, wenn gleichzeitig eine grundlegende Reform der Ausgabenwirtschaft vorgelegt würde. Aber davon sei nichts zu merken. — Die „Germania“ sagt, dem Zündholzplan könne man bei allen sonstigen Bedenken nur dann die Zustimmung gewähren, wenn er einen ersten und von ihm untrennbaren Schritt zu einer geschlossenen Reichsfinanzreform bedeute. Es müsse streng darauf geachtet werden, daß die Erträgnisse der Anleihe zu nichts anderem als zu der notwendigen Beseitigung der nun einmal vorhandenen anormalen Kassen- und Finanzlage benutzt würden.

Der „Brennereier“ sagt, diese Monopolanleihe sei ein Zeichen der düsteren finanziellen Lage Deutschlands, die nicht zuletzt die Folge der langen Passivität und der unzulänglichen Maßnahmen der Finanzverwaltung sei. — Der „Vorwärts“ sagt, im Falle der Schwedenanleihe erfolge zwar keine neue Ueberschuldung, denn an den Herrschaftsverhältnissen des schwedischen Kapitals in Deutschland ändere sich im ganzen nichts. Es könne aber — und darin liegt zweifellos eine schwere volkswirtschaftliche Gefahr — die Verknüpfung von Monopolbedingungen mit öffentlichen Anleihenvermittlungen zum System werden mit dem Ergebnis, daß ganze Wirtschaftszweige, und nicht zuletzt Teile der öffentlichen Wirtschaft, unter ausländische Kontrolle gebracht würden.

Die russische Handelsvertretung zum deutschen Zündholzmonopol.

Die Handelsvertretung der Sowjetunion in Berlin nimmt jetzt zur Neuordnung der deutschen Zündholzwirtschaft Stellung. Darin heißt es, dem DSD, zufolge, u. a.:

„Bei den in Aussicht genommenen Maßnahmen handele es sich nicht um irgendwie wesentliche deutsche Wirtschaftsinteressen, sondern um die Interessen eines ausländischen Konzerns. Die Einfuhr aus der USSR. bedeute eine wirtschaftliche Kontrolle der monopolistischen Preispolitik des deutschen Zündholzsyndikats, an dem der Kreugerkonzern nominell mit 65 v. H. praktisch aber weit mehr beteiligt ist. Eine Zündholzeinfuhr nach Deutschland findet aus keinem anderen Lande, als aus der Sowjetunion statt und darum stelle jede Maßnahme, die die Einfuhr belaste, einen feindseligen Akt gegen die Ausfuhrinteressen der USSR. dar. Da die volkswirtschaftlichen Interessen durch die Einfuhr der Zündhölzer aus der USSR. nicht gefährdet werden, müßten wir jede Maßnahme der deutschen Regierung, die sich in einer Einschränkung der Einfuhr auswirken würde, dahin bewerten, daß die deutsche Regierung mehr Rücksicht nimmt auf die geschäftlichen Interessen eines ausländischen Privatkonzerns als auf die Interessen des Handels zwischen Deutschland und der USSR.“

Parlamentsbeginn in Frankreich

Zu Paris, 22. Okt. Heute treten Senat und Kammer nach einer längeren Pause zu ihrer Herbsttagung zusammen. Der erste Tag dürfte im wesentlichen durch Ansprachen der beiden Präsidenten und durch die Festlegung der Tagesordnung angefüllt sein. Bis jetzt liegen 55 Interpellationen vor, deren Zahl sich noch vermehren dürfte. Man erwartet, daß Ministerpräsident Briand gleich nach Eröffnung der Kammer durch den Präsidenten die Vertagung der Interpellationen auf Anfang November beantragen und daran den Vorschlag knüpfen wird, mit der Haushaltsberatung am Donnerstag zu beginnen.

Bei den Senatswahlen am Sonntag wurden 69 ausscheidende Senatoren wieder gewählt, während 27 neue im kommenden Januar in das Palais de Luxemburg einzeln werden. Die Ergebnisse von Guadeloupe und Réunion stehen noch aus. Die Abstimmung hat einen ganz geringen Ausschlag nach Links gebracht und zwar verliert die republikanische Linke 7 Sitze, während die Radikalepublikaner 3, die Radikale und die Radikalsocialisten ebenfalls 3 und die Sozialisten einen Sitz gewinnen. Das bemerkenswerteste Ereignis der Wahlen ist die Niederlage des Autonomisten Abgeordneten Haegy. Nicht gewählt wurden der frühere Finanzminister Antierou, der frühere Ministerpräsident Francois Marfal, sowie andere rechtsgerichtete Senatoren.

Botschafter v. Hoersch bei Briand

Zu Paris, 22. Okt. Der vom Urlaub zurückgekehrte deutsche Botschafter v. Hoersch hatte am Montag nachmittag eine einstündige Unterhaltung mit dem französischen Ministerpräsidenten Briand. Der Botschafter brachte zunächst den Dank der deutschen Regierung zum Ausdruck für die Beileidsbezeugung anlässlich des Ablebens des Reichsaußenministers Dr. Stresemann. Im übrigen bezog sich die Unterhaltung auf den Stand und die Weiterführung der Arbeiten der durch die Haager Konferenz eingesetzten Ausschüsse.

Die Befehlslast der Pfalz

Zu Koblenz, 22. Okt. Im befestigten Gebiet tauchen jetzt Gerüchte auf, wonach für die Pfalz eine neue Befehlslast verschiedener Städte in Frage kommen soll. Bekanntlich sind aus der Pfalz Truppenteile zurückgezogen worden, weil man die bisherige starke Befehlslast der Pfalz durch fremde Truppen etwas mildern wollte. Nun soll vom französischen Oberkommando eine Anweisung ergangen sein, daß die noch ausstehenden Abmarschbefehle, die für die nächste Zeit Gültigkeit hatten, zurückgenommen werden sollten. Es sollen zunächst einmal die für den Abmarsch bestimmt gemachten Truppen in der Pfalz bleiben und außerdem noch neue Truppen in Stärke von etwa 1000 Mann in die Pfalz gelegt werden.

Tages-Spiegel

In Berlin wurde gestern ein Vorvertrag zum deutsch-schwedischen Zündholzabkommen und über die Reichsanleihe vom Reichsfinanzminister Hilferding und dem Schweden Joan Kreuger unterzeichnet.

Russland ist naturgemäß über die deutschen Abmachungen mit dem Schwedentrust verstimmt, was in einer Erklärung der Berliner Handelsvertretung zum Ausdruck kommt.

Der deutsche Botschafter von Hoersch hatte gestern eine Aussprache mit Briand über die Arbeiten der Haager Ausschüsse.

Die französischen Senatswahlen, bei denen ein Drittel des Senats ersetzt wurde, brachten eine geringe Verschiebung nach links.

Das Volksbegehren gegen den Youngplan findet in Ostpreußen und Schlesien starken Anklang, während im Westen des Reiches große Zurückhaltung geübt wird. In Berlin haben sich bisher nur 93 829 Personen eingetragen.

Die Lage der preussischen Deutschnationalen gegen die Regierung wegen ihrer Stellungnahme zur Frage „Beamte und Volksbegehren“ beschlagnahmt heute den Staatsgerichtshof.

„Do X“ hat gestern einen fast einstündigen Probeflug mit 150 Fahrgästen und 19 Mann Besatzung ausgeführt und damit eine Weltrekordleistung geschaffen.

Rekordfahrt des Flugschiffes Do X

Flug mit 169 Personen über dem Bodensee.

Im Altentheim, 22. Okt. Das Großflugzeug „Do X“ ist entgegen der am Sonntag geäußerten Ansicht der Dornierwerke, eine stabile Wetterlage für den Rekordflug abzuwarten, am Montag vormittag 11.15 Uhr, eine augenblickliche Aufklärung ausnützend, überraschend aufgestiegen und nach fast einstündigem Flug um 12.07 vor der Werft in Altentheim wieder glatt gelandet. Es befanden sich 150 Fahrgäste und 19 Mann Besatzung, also insgesamt 169 Menschen an Bord. Es wurde der ganze Bodensee in der Runde besegelt: Rohrschach, Arbon, Kreuzlingen, Konstanz, Meessburg, Friedrichshafen, Lindau, Bregenz. Mit dieser Leistung hat Do X alle bisherigen Rekorde in der Beförderung von Personen durch die Luft gebrochen.

Die Startzeit betrug nur 50 Sekunden. Die Landung erfolgte so glatt, daß sie von den Mitfliegenden kaum bemerkt wurde. Außer der großen mitgeführten Menschenlast kann Betriebsstoff für etwa 1200 Kilometer mitgenommen werden, so daß 169 Personen über diese Entfernung befördert werden können.

Das Flugschiff hat bei seiner Fahrt eine Höhe von 400 Metern erreicht und hatte eine Flugeschwindigkeit von durchschnittlich 170 Kilometern.

Große Beachtung im Ausland.

Der erfolgreiche Probeflug des „Do X“ mit 169 Personen an Bord findet in England die größte Beachtung. Die Blätter bringen in ihren Spätausgaben ausführliche Berichte an erster Stelle, in denen eine genaue Beschreibung des Verlaufes des Fluges gegeben wird. Die „Evening News“ erinnert daran, daß in England die Höchstzahl der an Bord eines Flugzeuges mitgenommenen Personen 28 gewesen sei. Das Luftfahrtministerium habe aber nunmehr der Firma Short Brothers in Rochester den Auftrag für den Bau einer Maschine gegeben, die fast genau die gleichen Ausmaße haben werde, wie der riesige Do X. Die Maschine werde für Zivilluftfahrt erbaut. Die Erbauer hielten die Einzelheiten streng geheim. Das Flugzeug werde frühestens Ende nächsten Jahres für seine Probeflüge fertig sein.

Die Nachrichten von dem Aufsehen erregenden Flug des „Do X“ mit 169 Fluggästen an Bord wird von der gesamten amerikanischen Presse in größter Aufmerksamkeit wiedergegeben. Alle Blätter bringen ausführliche Schilderungen und Bilder des Riesflugbootes. Mit Anerkennung und Lob wird nicht zurückgehalten.

Eine Novelle zum Scheckgesetz

— Berlin, 22. Okt. Das Reichsjustizministerium und das Reichsfinanzministerium haben dem Reichstag eine Novelle zum Scheckgesetz und Wechselsteuergesetz vorgelegt, die den Zweck verfolgt, der Vorbatterierung von Schecks wirksamer als bisher entgegenzutreten. Die Vorlage bestimmt, daß Schecks, die vor dem Tag, der auf dem Scheck als Tag der Ausstellung verzeichnet ist, dem Bezogenen zur Einlösung vorgelegt werden, als am Tage der Vorlegung ausgestellt gelten.

Die finanziellen Erleichterungen des Youngplanes

Eine Anfrage Hagens an das Reichsfinanzministerium.

Auf eine Anfrage des badischen Staatspräsidenten hat das Reichsfinanzministerium folgendes mitgeteilt:

Will man die gesamten Leistungen des Youngplans mit denen des Dawesplans vergleichen, so läßt sich das nur auf der Grundlage einer Durchschnittsannullität machen. Diese Durchschnittsannullität wird richtigerweise nicht durch Ermittlung des arithmetischen Mittels sämtlicher Jahresleistungen gefunden. Eine solche Berechnung würde die wirtschaftlich sehr erhebliche Tatsache unberücksichtigt lassen, daß die Leistungen der ersten Zeit wesentlich niedriger sind, als die der späteren Jahre. Die dem Umstande trägt vielmehr die Methode Rechnung, die auch im Youngplan selber angewendet ist und darin besteht, daß die Durchschnittsannullität über den Gegenwartswert sämtlicher Annuitäten ermittelt wird. Unter Zugrundelegung eines Diskontsatzes von 5½ Prozent ergibt sich für die reine Youngannuität zuzüglich des Dienstes der Dawesanleihe eine Durchschnittsannullität von jährlich 2,05 Milliarden Reichsmark.

Zu weiter hinzugezählten Verpflichtungen ist zunächst zu sagen, daß das belgische Markabkommen unter besonderen Voraussetzungen zustande gekommen ist und diese Leistungen nicht als Reparationsleistungen angesehen werden können. Außerdem gilt aber für das belgische Markabkommen und besonders für die sogenannten inneren Befreiungen, daß sie bei einem Vergleich zwischen Dawesplan und Youngplan nicht nur einseitig den Younglasten hinzugezählt werden dürfen, da sie auch zu den Daweslasten hinzuzutreten wären. Ebenso liegt es mit dem Rückkaufpreis der Saargruben.

Um einen Vergleich mit den Leistungen des Dawesplans machen zu können, muß man für die Berechnung der Dawesleistungen eine zeitliche Begrenzung unterstellen. Legt man für die Dauer der Dawes-Zahlungen die Amortisationsperiode der Eisenbahn- und Industrieperiode zugrunde, d. h. ab 1. September 1929 nach 34½ Jahre, so würde die Dawes-Belastung einer Durchschnittsannullität von 2488 Millionen Reichsmark für 37 Jahre entsprechen. Die durchschnittliche Youngannuität für den Zeitraum von 37 Jahren beträgt aber 2040 Millionen Reichsmark (einschließlich Dienst der Dawes-Anleihe). Wenn man also die Lasten des Dawesplans mit dem Ablauf des Amortisationsdienstes der Eisenbahn- und Industrieobligationen für beendet ansieht, und wenn man eine Steigerung der Daweslast durch den Wohlstandsindex außer acht läßt, ergibt sich somit bereits eine Verminderung der Lasten durch den Youngplan um rund 400 Millionen Reichsmark jährlich. Stellt man eine Steigerung der Dawes-Annullität durch den Wohlstandsindex in Rechnung und setzt man die jährliche Steigerung des Wohlstandsindex mit 1 Prozent verhältnismäßig niedrig an, so errechnet sich die durchschnittliche Steigerung der Normalannuität von 2,5 Milliarden zu mehr als 300 Millionen jährlich. Der Vergleich liefert also bei mäßiger Einschätzung der Wirkung des Wohlstandsindex auf die Dawes-Annullität eine Verminderung der Lasten durch den Youngplan von rund 700 Millionen Reichsmark im Jahr.

Wirtschaftlich bedeutungsvoller als die Vergleichung der Durchschnitte beider Pläne für so lange Zeit ist die Vergleichung für die nächste Zukunft, etwa die nächsten 10 Jahre. Hier stehen bei ohne jede Berücksichtigung des Wohlstandsindexes falls geschähenen Zahlung von jährlich 2500 Millionen Reichsmark des Dawesplans Jahreszahlungen des Youngplans (reine Young-Annuität zuzüglich Dawes-Annullität) gegenüber, die im Durchschnitt rund 1950 Millionen Reichsmark jährlich betragen.

Gegen das Volksbegehren

Namhafte Persönlichkeiten der Wirtschaft und Wissenschaft nehmen in einer Erklärung gegen das Volksbegehren Stellung. Die Erklärung besagt:

„Bei voller Würdigung des nationalen Widerstandswillens, der in den §§ 1 und 2 des Volksbegehrens nach Ausdruck ringt, sehen wir den vorgeschlagenen Gesetzentwurf und namentlich seine §§ 3 und 4 für die Führung unserer Außenpolitik als schädlich an. Diese Paragraphen wollen die Leiter der deutschen Außenpolitik, wer sie in Zukunft auch sein mögen, in ihrer Handlungsfreiheit durch einen Gesetzentwurf binden, dessen Auslegung schließlich dem Strafichter zufallen soll. Ein unmöglicher Zustand. Das Ergebnis der Youngverhandlungen in Paris und im Haag befriedigt auch uns nicht, so sehr wie die großen und ehrlichen Bemühungen der deutschen Unterhändler anerkennen. Aber ein Erfolg des Volksbegehrens würde alle Bestrebungen auf Besserung der deutschen Lage für jede absehbare Zeit vereiteln. Wir halten daher die Ablehnung des Volksbegehrens für den richtigen Dienst am Vaterland.“

Aus Württemberg haben diese Erklärung unterzeichnet: Dr. Peter Brudmann, M. d. L., Geheimrat, Heilbronn a. N.; Dr. Eckner, Friedrichshafen; Dr. Gehler, Reichsminister a. D., Lindenberg i. Allg.; Dr. Johannes Waller, Professor, Tübingen; Hans Holz, Konsul, Stuttgart; Prof. Dr. von Köhler, Staatsminister a. D., Tübingen; Dr. Eichler, Staatssekretär a. D., Bebenhausen in Württ.; Alfred Weber, Prof., Heilbronn.

Falsche Wege.

Das württ. Blatt des Christlichen Volksdienstes schreibt: „Auf die Beamten, die sich gedrungen fühlen, für das Volksbegehren einzutreten, wird ein an Terror grenzender Druck ausgeübt. Man droht ihnen sogar mit Entfernung aus dem Dienst. Dieses Verhalten muß scharf mißbilligt werden. Nachdem der Reichsinnenminister das Volksbegehren verfassungsmäßig für zulässig erklärt hat, ist eine

Youngplan oder Dawesplan?

Im gegenwärtigen Widerstreit der Meinungen erscheint es angebracht, Dawes-Plan und Young-Plan samt den Möglichkeiten, die ihre Annahme oder Ablehnung bieten, noch einmal einander gegenüberzustellen, um die wirklichen Sachverhalte kurz vor Augen zu führen.

Der Young-Plan verlangt von Deutschland bei Berechnung eines Diskontsatzes von 5½ Prozent Leistungen im Gesamtgegenwartswert von 95 740 Millionen.

Der Dawes-Plan verlangt von jetzt an bei Einsetzung des gleichen Diskontsatzes von Deutschland selbst bei niedrigster Einschränkung des Wohlstandsindex Zahlungen im Gegenwartswert von erheblich über 40 Milliarden, wahrscheinlich weit mehr.

Da der Dawes-Plan weder nach Höhe noch nach Dauer wirklich begrenzt war, ist ein genauer Vergleich zwischen beiden Plänen nicht möglich. Doch läßt sich die Differenz, die auf alle Fälle besteht, auch durch folgende Berechnung ausdrücken: 59 Young-Plan-Zahlungen sind bei 5 Prozent Diskont ebenso hoch wie 29 Dawes-Annuitäten ohne Einberechnung des Wohlstandsindex. Nimmt man also den Wohlstandsindex hinzu, so würde Deutschland auf Grund des Dawes-Planes schon nach verhältnismäßig sehr kurzer Zeit, vielleicht schon nach zwei Jahrzehnten, dieselbe Summe gezahlt haben müssen, die es jetzt zunächst einmal (bis zur nächsten Revision) so viel niedriger ansetzen kann, daß sie auf sechs Jahrzehnte verteilbar ist. Und nach diesen zwei Jahrzehnten wären die Zahlungen des Dawes-Planes an sich keineswegs beendet gewesen. Selbst wenn man annimmt, daß die Verzinsung und Tilgung der Eisenbahn- und Industriebonds nach ihrer Vollendung im Jahre 1963-1964 zum Fortfall der Zahlung von knapp einer Milliarde geführt hätte (auch dies war nicht restlos sicher), so bestände für die Annahme einer vorzeitigen Beendigung der Haushaltsbeiträge in Höhe von 1540 Millionen kein einziger tatsächlicher Anhaltspunkt. Der drohenden und lastenden Ungewißheit, die sich durch die mangelnde Befristung der Zahlungen nach Zeit und Höhe im Dawes-Plan ergab und im Falle politischer Konflikte der Willkür der Gläubiger Tür und Tor geöffnet hätte, stellt sich der Young-Plan mit fest umrissenen als Maximumanspruch der Gläubiger endgültig fixierten Forderungen entgegen.

Der Young-Plan gibt uns durch die erhebliche Lastenentlastung, die er in den nächsten zehn Jahren bewirkt und die bei Inbetrachtung des Wohlstandsindex mit 7 Milliarden sicherlich noch zu niedrig gegriffen ist, die Chance, bei sparsamem Haushalt und energischer Kapitalbildung mit Erfolg an der Kräftigung von Deutschlands wirtschaftlicher und damit auch politischer Lebenskraft zu arbeiten.

Der Dawes-Plan würde angesichts seiner durch den Wohlstandsindex steigenden Belastung in der gleichen Zeit eine ernste Bedrohung für Deutschlands Wiederaufstieg bedeuten, sei es, weil wir die Lasten wirklich tragen müßten, sei es, weil wir durch Herbeiführung einer Dawes-Krise die deutsche Wirtschaft von Kredit entblößen ließen und dadurch eine Wirtschaftskrise der ersten Art ausbräche.

Unter der Herrschaft des Dawes-Planes wären wir zur Herbeiführung des Transferschubes auf die Gnade der Gläubiger angewiesen. Alle Welt wüßte, daß diese, die Reparationskommission zur Gewährung des Transferschubes nur bereit gewesen wäre, wenn Deutschlands Zahlungsunfähigkeit offen zutage lag. Alle Welt, Amerika, Holland, die Schweiz würden die Milliardensummen von kurzfristigen Kredit, der in Deutschland die Lebensbasis für unzählige Unternehmungen von mittlerem und kleinerem Ausmaß bildet, schleunigst zurückziehen. Die Gläubiger selbst, insbesondere Frankreich, würden einen solchen Vorgang, wie es schon im Mai d. J. geschah, nach Kräften unterstützen, um dadurch einen Druck auf Deutschland auszu-

übende Beeinflussung der Beamten nicht zu rechtfertigen. Auch der sachliche Kampf der Regierung kann in keiner Weise befriedigen. Die Regierung hat unbegreiflicherweise alles unterlassen, um den Kampf um die Lösung der Tributfrage zu organisieren. Sie hat nicht nur das Volk nicht aufgeklärt, sie hat auch in sträflicher Weise versäumt, vor den Verhandlungen die Reichsfinanzen in Ordnung zu bringen. Und damit waren wir unseren Gegnern von vornherein ausgeliefert. Gerade wer das Volksbegehren ablehnt, muß mit allen Mitteln darauf hinwirken, daß mit all den Umständen, die die Erfolge des deutschen Kampfes um seine Freiheit und um sein Recht gefährdet, energig aufgeräumt wird. Das bedeutet vor allem, daß in Zukunft noch mehr als bisher die innenpolitischen Fragen den außenpolitischen Forderungen untergeordnet werden.“

Der Reichsdisziplinarhof einberufen

Im Berlin, 21. Okt. Dem Reichsgerichtspräsidenten Bumke ist, wie die „Montagspost“ aus Leipzig berichtet, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Staatsgerichtshofes am Samstag abend die Klage der deutschen Landtagsfraktion gegen die preussische Staatsregierung zugegangen, sowie der Antrag auf Erlass einer einseitigen Verfügung gegen die preussische Regierung, durch die angeordnet werden soll, daß sich das preussische Staatsministerium aller amtlichen Kundgebungen und Anweisungen zu enthalten habe, durch die eine Teilnahme von preussischen Beamten am Volksbegehren verboten oder für unzulässig erklärt wird, und daß die bereits erfolgten Anweisungen zurückgenommen werden. Der Reichsgerichtspräsident hat zur Vorbereitung der Entscheidung des Staatsgerichtshofes die ordentlichen Mitglieder des Reichsdisziplinarhofes telegraphisch zu einer Vorberechnung nach Leipzig einberufen.

Ostmarkenkundgebung in Berlin

Im Berlin, 21. Okt. Unter außerordentlich starker Beteiligung veranstaltete am Sonntag der Deutsche Ostbund

übende. Die volkswirtschaftlichen Kosten einer solchen Krise betrügen viele Milliarden, Summen wahrscheinlich, die in ihrer Höhe den Reparationszahlungen vieler Jahre entsprechen.

Die Zahlungen des Young-Planes unterliegen mit Ausnahme der ungeschützten Annuität von durchschnittlich 654 Millionen jährlich der Möglichkeit einer Revision auf dem Verhandlungswege.

Käme man auf den Dawes-Plan zurück, nachdem er durch den Young-Plan bereits einmal faktisch revidiert worden ist, so würde seine abermalige Revision nur möglich sein auf dem Wege über eine wirtschaftliche und politische Katastrophe.

Gerade die Herausnahme des Betrages von durchschnittlich 654 Millionen aus der übrigen Annuität, die Bestimmung, daß dieser Betrag, dessen Tragkraft außer Zweifel steht, unter allen Umständen zahlbar sein und bleiben soll, zeigt, daß für den Rest die Möglichkeit einer Revision gegeben ist, die im übrigen im Kapitel 8 e des Young-Planes zwar veranschlagt, aber doch unbezweifelbar vorgesehen ist und deren bereinstigende Notwendigkeit auch von hervorragenden Persönlichkeiten aus dem Gläubigerlager (Lloyd George, Lord Melchett usw.) bereits deutlich ausgesprochen worden ist. Eine besondere Revisionsmöglichkeit ergibt sich für späterhin aus der Beteiligung Deutschlands mit 75 Prozent an einer Ermäßigung der interalliierten Kriegsschulden an Amerika. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die Situation für eine Revision reif sein wird, die sich dann in ruhigen, den Wiederaufstieg Deutschlands nicht störenden Formen vollziehen kann. Das gleiche darf man auch für die Inkraftsetzung eines Transfer- und Zahlungsausschubs annehmen, der im Young-Plan von Deutschland aus eigener freier Entscheidung bewerkstelligt werden kann, ohne daß dies zunächst etwas anderes nach sich zu ziehen hat als Beratungen des Sonderauschusses bei der Internationalen Bank. Wahrscheinlich würde bereits ein solcher deutscher Schritt die entscheidende Anregung für Revisionsverhandlungen geben, wenn er im richtigen Augenblick vorgenommen wird.

Der Young-Plan verzichtet auf den größten Teil der Pfänder, befreit uns von den Kontrollen und von der Rheinlandsbesetzung.

Der Dawes-Plan bedeutete, wenn er in Kraft bliebe, den Ausschub der Rheinlandsbesetzung um ein Jahrzehnt, wenn nicht Schlimmeres, die Aufrechterhaltung der Pfänder und demütigenden Kontrollen.

Daß die Kontrollinstanzen des Dawes-Planes gerade im Falle einer Dawes-Krise geradezu erhebende Machtbefugnisse in Deutschland gewinnen würden, daß sie z. B. unter Umständen in der Lage wären, ganze Steuerzweige für die Reparation mit Beschlag zu legen, das Betriebsrecht der Reichsbahn ganz oder zum Teil weiter zu verpacken, die Eisenbahnen selbst in Betrieb zu nehmen und dergleichen, über diese möglichen Konsequenzen sollte sich jeder Deutsche klar sein.

Wir haben schon mehrfach festgestellt: der Young-Plan ist keine Annehmlichkeit, sondern ein Uebel, das gemildert und erleichtert werden muß, sobald es möglich ist. Aber er ist, verglichen mit dem Dawes-Plan, das geringere Uebel. Kein sachliche Überlegung gibt den Ausschlag: Um unserer politischen Freiheit willen, um des Rheinlands willen, um unserer Wirtschaft willen, um der Menschen willen, die in ihr arbeiten, um unserer Zukunft und unserer Kinder willen, die Lösung zu wählen, die den deutschen Wiederaufstieg ermöglicht statt ihn zu zerschlagen, die Deutschland für künftige reparationspolitische Verhandlungen kräftigt, statt es durch Katastrophopolitik zu schwächen und zu ruinieren.

Im Landesausstellungspark eine Wiedersehensfeier der in dem polnischen Lager Szejyprino im Jahre 1919 interniert gewesen 10 000 Deutschen, verbunden mit einer großen öffentlichen Kundgebung für die Ostmark. Bundespräsident Wirth begrüßte die städtische Versammlung, insbesondere die aus allen Teilen des Reiches nach Berlin gekommenen Szejyprino-Deute. Er schilderte kurz die Leiden der Inhafteten dieses Lagers, wo an manchen Tagen bis zu 30 Menschen an Plethysmus zugrunde gingen. Unschuldige Menschen seien eingesperrt worden, um das Deutschland zu zermürben und rechtlos zu machen, eine Taktik, die auch im vergangenen Jahrzehnt von den Polen fortgesetzt wurde. Die Szejyprino-Deute hätten beschlossen, in jedem Jahre eine Zusammenkunft zu veranstalten, um das deutsche Volk daran zu erinnern, daß nicht nur im Westen, sondern auch im Osten Jehntausende für das Deutschland gelitten hätten und um Polen an die größte Kulturhande zu mahnen, die man jemals erlebt habe. Die Rede schloß mit einem Appell, alle Kräfte für eine friedliche Rückgewinnung der abgetrennten östlichen Gebiete einzusetzen. Die Zukunft Deutschlands werde nicht am Rhein, sondern an der Weichsel entschieden.

Kleine politische Nachrichten

Blutige Ausschreitungen in Maastricht. In Maastricht (Holland), wo seit einigen Wochen die Arbeiter der Zink-eisenfabrik streiken, kam es wegen der Einstellung von arbeitswilligen Streikbrechern zu schweren Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und der Polizei. Auf beiden Seiten wurde geschossen, wobei ein Polizist lebensgefährlich, ein Bürger und ein Gendarm ernst verletzt wurden. Die Erregung in der Umgebung der Fabrik war sehr groß. Die Polizei wurde von den Fenstern aus mit Steinen beworfen und mußte wiederholt vorgehen, um Ansammlungen auf der Straße auseinanderzutreiben.

Bestellen Sie das Calwer Tagblatt!

Aus Stadt und Land

Calw, den 22. Oktober 1929.

Unglücksfall beim Handballspiel.

Bei dem am Sonntag auf dem Calwer Turnspielplatz zum Austrag gebrachten Handballwettkampf Girsau-Calw brach der verheiratete Fritz Lehmann von Girsau so unglücklich den Fuß, daß er in das Bezirkskrankenhaus nach Calw verbracht werden mußte.

Der Gewerkschaftsverband Calw

Ist mit der Bildung des Schulverbandsgemeinderats und des Gewerbeausschusses, über deren Zusammenfassung wir im letzten Ratensbericht Kenntnis gaben, in das Stadium seines Wirkungsbeginns eingetreten. Der Schulverband umfaßt 14 Gemeinden und fünf Sechstel der Schüler. Das Schulgeld für die Verbands- und Nichtverbandschüler wurde neu festgesetzt. Die Einnahmen des Schulverbands belaufen sich auf 10715 RM., die Ausgaben auf 24730 RM., der Abmangel auf 14015 RM. Auf einen Verbandschüler kommen 43 RM. Ausgaben, für deren Aufbringung die Verbandsgemeinden zu sorgen haben.

Pfarreramtung in Gehingen.

Die seit längerer Zeit verwaiste Pfarrstelle in Gehingen ist wieder besetzt. Am 16. Oktober ist der von der Oberkirchenbehörde hierher verordnete Pfarrer Paul Traugott Neusch im Pfarrhause aufgezo-gen, von Ortsvorstand, Gemeinde- und Kirchengemeinderat im feierlich geschmückten Postauto eingeholt. Es war ein feierlicher Augenblick, als unter Glockengeläut der von der Einwohnerschaft lang ersehnte Seelsorger seinen Einzug hielt. Die ganze Gemeinde hatte sich zum Empfang im Pfarrhof eingefunden, woselbst Schultheiß Schmid und Pfarrer Neusch Ansprachen hielten. Pfarrer Neusch ist in Gehingen als junge, arbeitsfreudige Kraft bekannt und überaus beliebt, hat er doch hier von Sept. 28.—April 29 als Amtsverweser gewirkt und in dieser kurzen Zeit durch sein offenes, freundliches Wesen, wie überhaupt durch die Art der Ausübung seines Seelsorgeramtes alle Herzen gewonnen. Späterhin war Pfarrer Neusch in Gnadental und Nürtlingen tätig; anlässlich der Vergebung der Gehinger Pfarrstelle bewarb er sich hier mit Erfolg, bewogen durch die aus der Gemeinde an ihn ergangenen Aufforderungen. — Die Investitur des neuen Geistlichen nach letzten Sonntag durch Dekan Noos von Calw statt. Nachdem ersterer im dichtbesetzten Gotteshause seine Antrittspredigt gehalten, nahm Dekan Noos die Investitur vor und ermahnte Gemeinde und Seelsorger zu treuem Zusammenhalten auch in schwerer Zeit. Aus dem Lebenslauf des neuen Pfarrers ist zu entnehmen, daß derselbe, als Missionarsohn in Indien geboren, fern von den Eltern die schönste Zeit der Kinderjahre in der Missionschule in Basel verbrachte, wo er eine strenge Erziehung genoss, welche den Grund zu seiner späteren Berufsausbildung legte. Die feierliche Investitur wurde durch die Mitwirkung des Gehinger Kirchenchores unter Leitung von Lehrer Hiller verschönt. Die Gemeinde wünscht ihrem neuen Seelsorger, er möge in Gehingen, dem schönen Schwarzwalddorf, eine neue Heimat finden, wo alle Herzen seinem Wirken zugehen sein mögen, und er viel Liebe erntet auf seinem neuen Arbeitsfelde.

Vom Rathaus Altensteig.

Der Arbeiterturnverein hat auf den letzten Beschluß des Gemeinderats, wonach dem Deutschen Turnverein sein früherer vierter Turnabend in der Turnhalle zurückgegeben wurde, Protest eingelegt mit der Begründung, daß der Arbeiterturnverein mit dem Freitag-Turnabend und dem Sonntagmorgen nicht durchkommen könne. Er sucht darum nach, daß der Gemeinderat diesen Beschluß wieder aufhebe und dem Verein den Dienstagabend wieder belasse. Nach Anhörung der in der Sitzung anwesenden Vertreter der beiden Vereine und nach eingehender Beratung beschließt der Gemeinderat mit 11:1 Stimme an dem oben genannten Beschluß nichts zu ändern. — Der Verkauf des diesjährigen Obstertrags mit 132 Zentnern bei einem Erlös von 342 RM. wird genehmigt. — Ferner der Verkauf von 12 Stück alten Leitungsstäben am St. Annaberg mit einem Erlös von 26,70 RM. — Einige Gebäudeeigentümer, die in den Jahren 1925 und 1926 von der Stadt Baupläge gekauft und darauf Wohnhäuser erstellt haben, suchen um zinslose Stundung des Kaufpreises nach, insoweit bis sich der Betrag automatisch auf 2,50 RM. pro Quadratmeter gesenkt hat. Nach längerer Beratung wird aus der Mitte des Gemeinderats der Vorschlag auf Zinsnachlaß für ein weiteres Jahr zum Beschluß erhoben, dabei aber zum Ausdruck gebracht, daß dies die letzte Regelung in der Bauplatzfrage sein müsse. — In den Vorschlag der Gemeinde Fünfsbrunn wird Einsicht genommen. Nach der Gemeindeordnung hat die Gemeinde den Vorschlag hierher vorzulegen, da Altensteig mehr als ein Viertel der Gemeindeumlage von Fünfsbrunn zu zahlen hat. Gegen den Vorschlag werden keine Einwendungen erhoben. — Die Lieferung von 3 Herden zu dem städt. Siedlungshaus an der oberen Talstraße wird dem Hafner Friedrich Lutz um je 60 RM. und die Lieferung von 3 Defen dem Kupferschmied Frey um je 55 RM. übertragen. Ferner werden die Reparaturarbeiten an dem städt. Wohnhaus (fr. Gasth. z. Blume) an Zimmermann Wadenhut und Henschler, Ga. Hns. Maler und Glaser Kasp vergeben. — Um die freigewordene Stelle des Straßenwärters Holz haben sich 19 Bewerber gemeldet. In geheimer Wahl erhält Friedr. Stidel, Dienstknecht bei Veck u. Biegler hier die meisten Stimmen. Er hat seinen Dienst am 1. November 1929 anzutreten und wird auf Privatdienstvertrag angestellt. — Mit Otto Lutz, Gerber, ist ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach er gegen eine Vergütung bis zu 450 RM. den städt. Schlittschuhsee zum Gebrauch im kommenden Winter zweckmäßig herrichten wird. Der Vertrag wird genehmigt. — Gemeinderat Schittler bittet noch um Überlassung eines Raumes im unteren Schulhaus für 3-4 Monate zwecks Abhaltung eines Kurzschrist-Unterrichtes. Dem Gesuch wird entsprochen.

Zeppelin-Landung in Bötlingen erst in 14 Tagen.

wp. Friedrichshafen, 22. Okt. Morgen wird das Luftschiff „Graf Zeppelin“ wahrscheinlich zu seiner letzten großen Fahrt, die nach Spanien führen wird, aufsteigen. Diese Fahrt war programmäßig für heute geplant, mußte aber wegen schlechten Wetters in Frankreich und Spanien verschoben werden. Am nächsten Sonntag soll die Schweizer-Fahrt nach Dübendorf ausgeführt werden und 8 Tage später wird das Luftschiff Stuttgart und Bötlingen besuchen. Im Laufe der nächsten Woche sind auch noch einige Schweizer-Fahrten geplant.

Der Frostspanner kommt.

In den Monaten Oktober und November erscheint der kleine, staubgraue Schmetterling, der kleine Frostspanner, auch Winterspanner, Blütemwickler, Reismotte genannt. Die Hinterflügel des Männchens sind heller als die Vorderflügel. Das Weibchen hat keine Flügel. An seinem belebten Körper sitzen nur kleine Stummeln. Vom Boden, wo es der Puppe entschlüpft, kauft es am Stamm der Obstbäume empor, um seine 200 bis 300 Eier an Knospen und Zweigen abzulegen. Im Frühjahr schlüpfen die kleinen, grünen, leicht gestreiften Spannerläuflinge aus, bohren sich in die Knospen und beginnen ihr Vernichtungswerk. Je später warme und milde Bitterung eintritt, welche die Knospe zur Entfaltung bringt, desto vollständiger wird die Knospe zerstört. Wird die Raupe größer, so zieht sie mit einem Faden einige Blätter zusammen und frisst unter dem Schutz dieses Gelpinnetes lustig weiter. Ist sie ausgewachsen, läßt sie sich an einem Faden zur Erde nieder und verpuppt sich dort. Der Frostspanner ist für den Obstbau eine ungeheure Gefahr. Nicht selten werden die Bäume vollständig leer, getroffen. Kampf dem Frostspanner muß daher die Parole lauten. Die Bekämpfung ist sehr einfach und allgemein bekannt. Am den Stamm wird ein Leimring gelegt, auf dem sich das flügellose Weibchen verfangt und eingest, wenn es zur Eiablage in die Krone will. Das wichtigste beim Anlegen der Leimringe ist die Beschaffenheit des Leims. Es muß eine gleichbleibende hohe Klebefähigkeit und Zähigkeit bei Kälte und Hitze vorhanden sein. Der Leim muß widerstandsfähig gegen Wind und Regen sein, damit ein Nachtreiben aus Sparfamkeitsgründen möglichst vermieden wird. Er soll auch keinen widerlichen Geruch haben der die Frostspanner abschrecken und die Eierablage unterhalb des Leimringes zur Folge haben würde. Mancher Obstbaumbesitzer und Landwirt wird vielleicht sagen: „Die Preise für das Obst war dieses Jahr so schlecht, daß sich ein Anlegen von Klebgürteln nicht lohnt.“ Diese vergessen, daß wir nicht jedes Jahr einen solchen Obstertrag haben wie in diesem und unterschätzen den großen Schaden, den der Frostspanner anrichtet. Nach einem guten Obstertrag kommt in der Regel ein schlechteres. Dann werden die froh sein, die den Rat befolgen haben und Leimringe anlegen.

Wetter für Mittwoch und Donnerstag.

Die Atmosphäre über Europa befindet sich in lebhafter Bewegung. Für Mittwoch und Donnerstag ist vorerst noch heiteres und zeitweilig föhniges, später aber wieder mehrfach bewölkt und zu Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

*

Neuenbürg, 21. Okt. Sonntag abend etwa um 8 Uhr stießen bei der Wirtschaft zum Waldhorn in Schwann, an der Stelle, wo die Straße nach Neuenbürg eine kleine Biegung macht, zwei Personenautos, Hugo Frommer-Pfingweiler und Eugen Rath-Wildbad gehörrig, derart aufeinander, daß keines mehr gebrauchsfähig war und beide schwer demoliert abgeschleppt werden mußten. Außer einem Mädchen aus Griesenhausen, das gegen die zertrümmerte Schutzscheibe flog, dabei erhebliche Gesichtswunden davontrug und im Krankenhaus verbunden werden mußten, kamen keine Insassen mehr zu Schaden.

Altensteig, 21. Okt. Am Samstag abend ereignete sich vor einem Hause der Straße nach Pfalzgrafenweiler ein Unfall. Beim Mosten fiel ein Wagen, auf welchem sich ein volles Faß befand, um. Dabei wurde der verheiratete Schreiner Nupp an beiden Füßen erheblich verletzt und außerdem erlitt der daneben stehende 17 Jahre alte Schreiner Roh von hier, der in Etmannsweiler beschäftigt ist, einen Knöchelbruch.

Pfalzgrafenweiler, 21. Okt. Bei der Schultheissenwahl wurden 693 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielt Rathschreiber Künzlen-Winnenden 880 Stimmen, Schultheiß Braun-Darmsheim 242 Stimmen und Schultheissenamtssekretär Wader-Lustnau 71 Stimmen. Künzlen ist demnach mit großer Mehrheit gewählt. Er hat die Wahl angenommen.

Freudenstadt, 21. Okt. Auf dem Feldberg schnitt es seit gestern nachmittags bei einer Temperatur von plus 1 bis minus 1 Grad. In den Vormittagsstunden des Sonntags entwickelte sich das Wetter zu einem Schneesturm, der bis auf 900 Meter in die Täler herab starke Schneemassen mit sich brachte. In etwa 1000 Meter Höhe wurden 15-20 Zentimeter Neuschnee gemessen.

Calw Feuerbach, 21. Okt. Der Lokomotivführer des am Sonntag kurz vor Mitternacht aus der Richtung Zuffenhausen kommenden Güterzugs sah vor der Einfahrt in den hiesigen Bahnhof eine dunkle Gestalt auf den Schienen liegen. Er bremste seinen Zug ab und konnte ihn noch vor dem Hindernis zum Stehen bringen. Es wurde festgestellt, daß die Leiche des etwa 50jährigen Briefträgers Feber aus Feuerbach quer über dem Bahnkörper lag. Man nimmt an, daß er von einem kurz vorher Feuerbach durchfahrenden Zug erfasst und getötet worden ist.

Calw Stuttgart, 21. Okt. In der unteren Königstraße wollte am Sonntag nachmittags ein Mann einen Straßenbahnwagen, während dieser noch fuhr, verlassen. Er blieb hängen und kam unter den Wagen zu liegen. Die Folge waren sehr schwere Verletzungen, an denen er im Krankenhaus gestorben ist.

Calw Cannstatt, 21. Okt. Im Halltschlag fuhr ein Motorradfahrer in eine marschierende Abteilung des Reiterregiments 18 von hinten hinein. Hierbei wurden 2 Mann der Abteilung zu Boden geworfen. Sie erlitten nicht unerhebliche Verletzungen und wurden nach der Kaserne verbracht.

Calw Verhagen DM. Stuttgart, 21. Okt. Sonntag nacht ereignete sich hier gegen 1 Uhr auf der Burg eine schwere Bluttat. Beim Heimweg von der Wirtschaft gerieten die Brüder Kaiser in einen Wortwechsel, in dessen Verlauf einer derselben zum Revolver griff und einen seiner Brüder durch Bauchschuß schwer verletzte und den andern tötete.

Calw Ehlingen, 21. Okt. In einer Betrachtung zur bevorstehenden Stadtverstandswahl schreibt die Ehlinger Zeitung, daß die Frage einer Eingemeindung nach Stuttgart, welche in letzter Zeit da und dort erörtert wurde, unseres Erachtens mit Recht nicht weiter verfolgt zu werden scheint. Die Zeit ist dazu noch nicht gekommen. Ehlingen ist darauf auch nicht angewiesen. Es kann noch lange sein Eigenleben weiter führen und Stuttgart wird an dem Zuffenhausener Brocken stark zu faulen haben.

wp. Waiblingen, 21. Okt. Am Samstag abend wurde Frau Wilhelm, als sie den Omnibus Stetten-Waiblingen verließ, von einem Auto, das nicht abgeblendet hatte, mit dem Kotflügel erfasst und unter den Wagen geworfen. Sie war sofort tot. — Der 23jährige Sohn des Schlossermeisters Karl Schäfer wurde, als er die Langstraße herauffuhr, von einem aus der Zwergrstraße herkommenden Verkehrsaubus nach Ludwigsburg ebenfalls vom Kotflügel erfasst und unter die Räder geworfen. Der Unglückliche wurde noch etwa acht Meter geschleift und mußte dann mit zermalmten Oberkörper tot unter dem Wagen hervorgezogen werden.

Calw Tübingen, 21. Okt. Infolge Geistesgestörtheit stürzte sich gestern vormittags 9 Uhr in der Rümelinstraße die Lehrerin Blattmann aus dem Fenster. Sie war sofort tot.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefturse.

100 holl. Gulden	168,74
100 franz. Franken	16,48
100 schweiz. Franken	81,8

Börsenbericht.

Calw Stuttgart, 21. Okt. Die Börse war zum Wochenbeginn beruhigt und die Tendenz freundlicher. Die Unternehmungslust war aber gering. Die Kursgestaltung war nicht einheitlich.

Produktenbörse und Marktberichte

des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern E. V.

Berliner Produktenbörse vom 21. Oktober.

Weizen märk. 228—229; Roggen märk. 172—175,50; Braugerste 196—216; Futtergerste 172—188; Hafer märk. 167 bis 177; Weizenmehl 27,75—33,25; Roggenmehl 23,15—16; Weizenkleie 11,25—11,75; Roggenkleie 9,75—10,25; Viktoriaerbsen 35—42; K. Speiseerbsen 27—32; Futtererbsen 21 bis 23; Rapskuchen 18,50—19; Leinkuchen 24—24,20; Trockenschnitzel 11—11,20; Sojaflocken 19,60—20; Kartoffelflocken 15,40—15,60; Speisepotatoffeln weiße 1,90—2,20; dto. rote 2,20—2,60; dto. gelbfl. 2,50—2,70.

Stuttigarter Landesproduktbörse vom 21. Oktober.

Auslandswitzen 27,25—31,50 (27,75—32); Weizen 24,75 bis 15,50 (25—26); Gerste — (21—23); Roggen 20—23 (19 bis 20); Hafer — (18—19); Weizenmehl 39,50—40 (40—40,50); Brotmehl 81,50—82 (82—82,50); Mele — (10—10,50); Weizenheu 9—10 (8—9); Kleehheu — (9,50—12); Stroh — (4,25 bis 5).

Calwer Wochenmarkt.

Bei dem am letzten Samstag stattgefundenen Wochenmarkt wurde folgende Preise bezahlt: Kartoffeln 3,20—3,50 pro Zentner, Weißkraut 12—15; Kohlkraut 15; Wirsing 11 bis 15; Landkraut 6—8; Zwiebel 15; Gelberüben 12—15; Spinat 25—30; Tomaten 40 s je das Fund. Kopfsalat 8 bis 10; Endivien 10—15; Rosenkohl 8—10; Blumenkohl 30 bis 100; Rettig 5—10; Gurken 10—30; Äpfel 8—12; Birnen 8—10; Zwetschgen 10 s; Tafelbutter 2,40; Landbutter 1,80—1,90 M; frische Eier 16; Kisteneier 15 s.

Weilsterstädter Marktbericht.

Schweine markt: Zufuhr 84 Käufer Schweine, 1810 Milchschweine. Preis pro Paar: Milchschweine 58—125 M, Käufer Schweine 188—186 M. Handel lebhaft, Preise anziehend. — Viehmarkt: Zufuhr 8 Ochsen, 27 Stiere, 120 Kühe, 63 Kalben, 86 Stück Einstellvieh. Preise pro Stück: Ochsen 700—890, Stiere 390—630, Kühe 380—860, Kalben 492—670, Einstellvieh 128—410 M. Handel gedrückt.

Viehpreise.

Ravensburg: Anstellrinder 200—300, Anstellstiere 200 bis 300, Kalben 380—600 M — Spaichingen: Rinder 3/4—1/2-jährig 190—250, einjährig 300—350, trächtige Kalbinnen 580—700; Kuhkälbe 570—550 M.

Schweinepreise.

Heilbronn: Milchschweine 35—50, Käufer 65—80 M — Ravensburg: Ferkel 45—60; Käufer 65—90 M — Saulgau: Ferkel 48—64, Käufer 120 M.

Fruchtpreise.

Ellwangen: Weizen 12—12,60; Roggen 9,50—10, Hafer 7,50—8, Gerste 11,50; Bohnen 8,50 M — Ravensburg: Weizen 9,50—10, Weizen neu 12,40—13, Roggen 10,50—11, Gerste 10,40—11,40, Hafer alt 11,30—11,60; neu 9,50; Saatweizen 12,50; Saatgerste 13,80—14,50, Saatroggen 11,50 M — Saulgau: Gerste 9; Weizen 11—12 M — Ulm: Kernen 12,70—13, Weizen 10—12,40; Roggen 9,20—12; Gerste 8,70—10,40; Hafer 7,50—8,80 M — Urach: Weizen 11,50; Dinkel 9—9,30; Roggen 9,50; Gerste 9—10,50; Hafer 9—10 M.

Die hellen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. Marktschillung zu berücksichtigen ist.

Dampfwalzbetrieb 1930.

Die Gemeinden des Oberamtsbezirks Calw werden hiermit benachrichtigt, daß im Laufe des Sommers wiederum Dampfstrahlenwalzen für das Bauamt im Bezirk tätig sind.

Gemeinden und Private, welche die Walzen zu benutzen wünschen, haben ihre Gesuche unter Angabe der Länge der Straßen und der ungefähren Menge und Art des einzuwalzenden Schotters innerhalb 4 Wochen bei dem unterzeichneten Bauamt einzureichen.

Später einkommende Gesuche können nicht mehr berücksichtigt werden. Von der Möglichkeit und der Zeit der Abgabe der Walzen wird jede Gemeinde benachrichtigt werden, sobald der Walzbetriebsplan festgestellt sein wird.

Die Bedingungen für die Mitbenützung der Walzen werden auf Ansuchen vom Bauamt mitgeteilt.

Calw, den 21. Okt. 1929.

Straßen- und Wasserbauamt.

Calw.

Bestellungen auf Deckreife

können am Mittwoch, den 23. Oktober 1929 bei der Stadtpflege angebracht werden.

Der Preis mit 50 Pf für den Bund ist bei der Bestellung zu entrichten. Höchstabgabe an einen Besteller 25 Bund.

Den 21. Oktober 1929.

Stadtpflege.

Zum Volksbegehren.

Was ist der Zweck des Volksbegehrens?

Es verlangt die Ablehnung des neuen Tribut- oder Youngplans.

Warum können und dürfen wir den Youngplan nicht annehmen?

1. Weil er uns eine neue Schuldenlast von über 113 Milliarden auferlegt, obwohl der Feindbund seit 1918 schon mehr als 156 Milliarden aus dem deutschen Volk herausgepreßt hat. (Geld, Sachleistungen, geraubte Provinzen und Kolonien.)
2. Weil durch Annahme dieses Planes unsere Währung wieder gefährdet würde (also neue Inflation.)
3. Weil dadurch unsere Steuerlast unerträglich würde.
4. Weil wir dadurch die Kriegsschuldlinge freiwillig anerkennen (seither gezwungen).
5. Weil wir durch unsere Unterschrift vor der ganzen Welt als Betrüger und Ehrlose dastünden; denn wir wissen ganz genau, daß wir unser Versprechen nicht halten können, also bewußt eine Lüge sagen.

Warum sollen wir diese Riesensumme zahlen? Wegen einer Lüge, der Kriegsschuldlinge, an die heute, wie der Reichsinnenminister Severing kürzlich sagte, nur noch wenige Idioten glauben.

Fällt die Kriegsschuldfrage, so sind auch unsere Verpflichtungen hinfällig.

Was ist die Folge davon, wenn wir den Youngplan annehmen, aber auf einmal nicht mehr zahlen können?

Der Feind (Franzose) hat dann das Recht, Gewaltmaßregeln gegen uns zu ergreifen, also z. B. in Deutschland einzumarschieren.

Warum war der bisherige Plan, der Dawesplan (der uns wahrlich schon genügend drückte) noch besser als der neue Plan, der Youngplan?

Weil der Dawesplan folgende Schutzbestimmungen enthielt:

1. Deutschland darf nur aus seinen Ausfuhrüberschüssen zahlen.
2. Die deutsche Währung darf durch die Zahlungen nicht gefährdet werden.
3. Kann Deutschland nicht leisten, so hört die Zahlung auf.
4. Die Verantwortung für die Zahlung hat nicht Deutschland, sondern der amerikanische Reparationsagent Parker Gilbert.

Der Youngplan dagegen enthält diese Schutzbestimmungen nicht; denn er bestimmt:

1. Deutschland muß zahlen, ob es kann oder nicht (muß also Schulden machen bis zum Bankrott).
2. Es muß unter allen Umständen jährlich 700 Millionen zahlen, auch wenn seine Währung dadurch gefährdet wird.
3. Die Verantwortung für richtige Zahlung wird Deutschland aufgeladen.

Was geschieht, wenn wir den Youngplan ablehnen?

1. Dann tritt der Dawesplan mit seinen Schutzbestimmungen wieder in Kraft.
2. Damit erfüllt Deutschland den noch bestehenden Dawesvertrag und Frankreich hat also kein Recht, in Deutschland einzufallen.

Wer ist anständiger, ein Schuldner, der offen und ehrlich eingesteht, daß er nicht zahlen kann, oder einer, der alles verspricht, obwohl er überzeugt ist, daß er nicht zahlen kann?

Darum:

Deutscher Bauer, deutscher Arbeiter, deutscher Handwerker, die der Youngplan am härtesten treffen würde, geht in Massen aufs Rathaus und zeichnet euch ein in die Listen für das deutsche Volksbegehren.

Veteranen-Verein 1870-1914 Calw

Unser Ehrenmitglied
Altveteran Benz
Bahnwärter a. D.

ist gestorben.

Beerdigung Dienstag, den 22. Okt. nachmittags 3 Uhr. Es ist Ehrenpflicht der Mitglieder, vollständig dem Kam. das letzte Geleit zu geben. Antreten 2 Uhr 30 bei Kamerad Seeger.
S. B.: Ziegler.

Veteranen- und Militär-Verein Calw

Altveteran Kam. Benz
Bahnwärter a. D.

ist gestorben.

Beerdigung Dienstag, den 22. Okt. nachmittags 3 Uhr. Ich bitte die Mitglieder, sich zahlreich am Trauerzug zu beteiligen. Antreten 2 Uhr 30 bei Vorstand
Reichmann.

Vom Windhof bis zur Biergasse

Chering verloren.

Abzugeben gegen Belohnung in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Fußballklub

Altburg.

Von der Reichweib-Lösung am 20. Okt. geben wir die Gewinne bekannt: 1. Los Nr. 303, 2. Los Nr. 295, 3. Los Nr. 347, 4. Los Nr. 12, 5. Los Nr. 192, 6. Los Nr. 364.
Der Verein.

LUGER

Frische Seefische

Cabliau
Schnellfische
eingetroffen.

5% Rabatt

Frisch eingetroffen:
Gute Frankfurter
Würstchen

und durchwachsenes
Rauchfleisch
ohne Knochen bei
Würstern
am Markt.

Valenciennes-
Bretone-
Handklöppel-
Sickerel-
Spitzen

Spitzenkragen
in großer Auswahl
empfiehlt
N. Hetzler, Lederstr.
Dasselbst werden auch
Spitzen verwahrt (ange-
kurbelt). Auf vorge-
zeichnete und fertige
Handarbeiten
10% Rabatt

Heu

Wiesenheu und Kleeheu
kauft
A. Luz, Tel. 6.

Quitten

verkauft. Wer sagt
die Geschäftsst. d. Bl.



Sie wünschen

frische Milch-frisches Fleisch-frische Eier- aber auch frische Margarine. Mit Recht.

Denn FRISCHE bedeutet hier alles.

Rama im Blauband bietet Ihnen die Gewähr für frische Qualität durch das Datumzeichen auf der Packung.

MARGARINE

Rama im Blauband

doppelt so gut
½ Pfd 50 Pfg
mit Garantie-Zeichen für frische Qualität

Neuweiler.
Am Donnerstag, den 24. Oktober findet hier
Armer-, Vieh- und
Schweinemarkt
statt, wozu Einladung ergeht.
Den 22. Oktober 1929.
Gemeinderat.

Hüte werden nach neuesten Modellen rasch und billig faconiert
W. Luz, Bahnhofstr.

Freiwillige Grundstücksversteigerung
Im Auftrage der Herren alt und jung Benjamin Rusterer, Landwirte hier, bringe ich deren Wohnhaus nebst Scheuer
Geb. 7 Hengstettersteige in Calw, und Parz. Nr. 16/2: 1 a 2 qm Gemüsegarten das am
Samstag, den 26. d. Mts., zum erstenmal und
Donnerstag, den 31. d. Mts., zum zweitenmal, je vormittags 11 Uhr, im Grundbuchamtzimmer in Calw, zur freiwilligen Versteigerung.
Liehaber werden eingeladen.
Calw, den 17. Oktober 1929
Bezirksnotar Kraut.

Die schönsten Mäntel zu billigsten Preisen bei
KRÜGER & WOLFF, Pforzheim

Suche sofort tüchtigen Bierführer
Hoher Lohn, Kost und Wohnung im Hause.
Oskar Schlanderer,
Biergroßhandlung Calw

Naturhaar-Zöpfe
von Mk. 4.- an in allen Farben.
Friseur Odermatt

Muthilfe für Laden gesucht.
Angebote unter R. W. 248 an die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Täglich frische Tafelbutter
Fr. Lamparter

Reise-Familien-Hochzeits-Kranken- und Gesellschafts-Fahrten
mit bequemem, eleganten 6-7-Sigertwagen billigst durch
Georg Volz, Autovermietung, Hirtau
Fernsprecher 251 (Wegerei Thomma).

Pelze
Moderne Pelzbesätze
Billigste Preise
Schnellste Ausführung sämtl. Umarbeitungen
Pelzwerkstätte Emilie Dollinger vorm. Carl Kleinbub
Obere Marktstraße.